



Ratsgruppe FDP im Rat der Stadt Wuppertal

An  
Herrn Oberbürgermeister Peter Jung  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
  
42275 Wuppertal

Es informiert Sie    Andrea Sperling  
Anschrift             Rathaus Barmen  
                              Johannes-Rau-Platz 1  
                              42275 Wuppertal  
  
Telefon (0202)        563-6272  
Fax (0202)            563-8573  
E-Mail                 sperling@fdp-wuppertal.de  
  
Datum                 23.06.2009

**Antrag**

**Drucks. Nr.        VO/0511/09**  
                             öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>24.06.2009</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>29.06.2009</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## Resolution zur Qualitätsentwicklung im Kindertagesstättenbereich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Gruppe im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Hauptausschuss und der Rat mögen folgende Resolution an Bund und Land richten:

„Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an Land und Bund, eine konzertierte Aktion der Qualitätsentwicklung im Kindertagesstättenbereich unter Beteiligung des Landes und des Bundes einzurichten. Die Kommunen können mit der Finanzierung der gewünschten neuen Qualität in den Kindertagesstätten nicht allein gelassen werden.

Die von den Gewerkschaften und Arbeitgebern derzeit diskutierten finanziellen Verbesserungen und Verbesserungen der Arbeitsplatzbedingungen und des Gesundheitsschutzes der Betreuer führen zu erheblichen finanzintensiven Maßnahmen, die die Kommunen, allen voran die mit einem Nothaushalt, kaum finanzieren können. Ein Beispiel: allein die Forderung nach einem verbesserten Lärmschutz stellt automatisch die Frage nach einer Reduktion der Gruppengröße in den Kindertagesstätten, um dieses Ziel zu erreichen. Eine solche Frage müsste dann außerhalb der Tarifverhandlungen mit dem Land geregelt werden, wenn auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden. Kommunen wie Wuppertal sind aktuell nicht in der Lage, zusätzliche Finanzaufwendungen in einem erheblichen Umfang zu übernehmen. Land und Bund müssen hier eigene Finanzbeiträge leisten

und den Kommunen wie auch den freien Trägern zur Verfügung stellen. Schließlich ist die Kinderbetreuung als eine Verpflichtung des Landes in der Landesverfassung verankert.“

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Todtenhausen

Sprecher der FDP-Ratsgruppe